

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Cannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Anzeigenpreis: Die Spalt. Millimeterzeile oder deren Raum 6 S., Reklame 18 S. Bezugspr.: Monatl. d. Post M 1.20 einschl. 18 S. Besörd.-Geb., zur. 36 S. Zustellungsgeb.; d. W. für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei M 1.40 einschl. 20 S. Austrägergeb.; Einzeln. 10 S. Bei Nichterscheinen der Zeit. inf. höh. Gewalt gerichtl. Eintr. od. Konfuzen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig, Gerichtsstand Nagold. od. Betriebsf. besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitg./Telegr.: „Lannendl.“ / Tel. 324

Kummer 14

Altensteig, Donnerstag, den 18. Januar 1934

57. Jahrgang

Deutschland-Heke im französischen Senat

Paris, 17. Jan. Außenminister Paul Boncour kündigte in seiner Senatsrede den provisorischen Abschluß eines Balkanpaktes an dem Rumänien, Sülrawien, Griechenland und die Türkei beitreten würden. Es bestünde die Hoffnung, meinte er, daß auch Bulgarien sich diesem Pakt anschließen werde. Die italienische Regierung, die diesem Pakt zunächst feindselig gegenübergestanden habe, stimme ihm jetzt zu. Im übrigen betreibe Frankreich eine entschlossene Völkerbundspolitik. Im Zusammenhang mit den Forderungen nach einer Reform des Völkerbundes sei Frankreich zu gewissen Anpassungen bereit, könne aber nicht zugeben, daß an die Grundzüge des Völkerbundes gerührt werde. Wenn die französische Regierung zur Abrüstungskonferenz gegangen sei, so habe sie das nicht getan, um den französischen Rüstungen einen Schlag zu versetzen wie man in Rechtstheorien behauptete, sondern weil Frankreich durch die Verträge dazu verpflichtet sei und weil die Abrüstung eine der höchsten Aufgaben des Völkerbundes darstelle. Wenn die Abrüstungskonferenz mißlinge, so würde es ein Verträuen geben, Frankreich werde dann alle Maßnahmen ergreifen, die die Umstände erforderten. Vorher aber wolle es alles tun, um die Abrüstungskonferenz zum Erfolg zu führen. Paul Boncour ging dann kurz auf die französische Denkschrift vom 1. Januar ein und erklärte, daß die darin gemachten Vorschläge die französische Sicherheit nicht gefährdeten.

Vor der Rede Paul Boncours hatte General Bourgeois das Wort ergriffen. Auch diesmal hat Bourgeois alles aufgeboten, um den Friedenswillen Deutschlands zu verleunden. Zunächst gab er eine Schilderung dessen, was er die Mobilisierungsmöglichkeiten Deutschlands im Jahre 1934/35 nannte. Er behauptete, Organisation und Ausbau der Reichswehr sei derart, daß sie bereits nicht mehr dem im Friedensvertrag vorgesehenen Armeestyp entspreche. Es bestünde bereits ein Heereskommando. Die Reichswehr sei eine Fährtschule und bilde ein Rahmenheer, das man später durch ausgebildete SS- und SA-Leute ausfüllen werde. Feldgraue Uniformen zur Einleitung der Mitglieder der politischen Verbände seien bereits in ausreichender Menge vorhanden, ja, es seien für sie sogar motorisiertes Kriegsmaterial und Pferde vorhanden. Dies ermögliche, sofort 20 bis 30 Divisionen auf die Beine zu bringen. Fast ebenso starke Truppenverbände habe der Grenzschutz (?) zu stellen, dessen Kriegsmaterial wahrscheinlich eingelagert sei.

Nach Paul Boncour ergriff als erster Mitterand das Wort. Er erging sich in ziemlich maßlosen Ausfällen gegen Deutschland, von dem er behauptete, daß es den Frieden bedrohe. Wenn Deutschland die Revision der Verträge betriebe, so seien sich 150 Millionen Menschen dagegen zur Wehr. Deutschland habe nicht nur aufgerrütet, sondern es verlange jetzt auch noch die Abrüstung der anderen. Wenn Deutschland neuerdings angeboten habe, sich einer für alle Staaten gleichmäßig geltenden Abrüstungskontrolle zu unterwerfen, und wenn es einen Nichtangriffspakt anbiete, so sei dem keine Bedeutung beizumessen.

Senator de Jouvenel erinnerte daran, daß Reichsfürst Hitler sich auf 40 Millionen Ja-Stimmen berufen könne. Das sei keine Stärke. Frankreich dürfe nicht den Eindruck erwecken, als ob es bei so schwerwiegenden Verhandlungen allein dastünde. Wenn die französische Regierung auf die deutsche Aufforderung zu Verhandlungen eingegangen sei, so könne man nicht behaupten, daß sie damit in eine Falle gegangen sei. Wenn man eine Gewaltspolitik vorschläge, so müsse man auch bereit sein, die letzten Konsequenzen zu ziehen. Er hörte immer wieder Redner, die von einer solchen Politik redeten, bisher habe aber noch niemand jemand greifbare Vorschläge vorgebracht. Man müsse die betreffenden an ein Wort Friedrichs des Großen erinnern, der einmal mit Recht festgestellt habe, die gefährlichste aller Handlungen sei, das Gewehr in Anschlag zu bringen, dann aber nicht zu schießen. In den Verhandlungen, die augenblicklich zwischen Frankreich und Deutschland geführt werden, sei zu sagen, daß der Streit der Beteiligten notgedrungen erweitert werden müsse, denn es gebe keine Frage, die beide Länder allein angehe. Man dürfe sich nicht von der deutschen Taktik leiten lassen, die darin bestehe, die Schwierigkeiten einzeln in Angriff zu nehmen, sondern man müsse sämtliche zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen auf einmal anpacken, damit man sich über die Ziele der Politik jedes beteiligten Landes klar werde.

Am Donnerstag wird Ministerpräsident Chamberlain die großen Richtlinien der französischen Außenpolitik entwickeln.

Amerika baut den größten Stratosphärenballon

Washington, 17. Jan. Die Heeresluftfahrt und die geographische Gesellschaft der Vereinigten Staaten veröffentlichten den Plan zum Bau eines neuen Stratosphärenballons, der größer als alle bisherigen sein soll und der alle Rekorde brechen soll. Der Kiefernballon soll in einer Höhe von 24.000 Meter steigen und von dort zu Versuchszwecken Luftproben mit nach unten bringen. Führer des Ballons soll Major William Kepner, ein bekannter Ballonfahrer der amerikanischen Luftfahrt, sein, während Kapitän Stevens die Aufgabe des Beobachters übernehmen wird.

Die deutsche Antwort an den Völkerbundsrat

Der Eindruck der deutschen Antwort in Genf

Genf, 17. Jan. Der deutsche Konsul in Genf, Dr. Krauel, hat heute dem Generalsekretär des Völkerbundes die folgende Antwort der Reichsregierung übergeben.

„Herr Generalsekretär! Indem ich den Empfang Ihres Schreibens vom 15. Januar mit verbindlichem Dank bestätige, beehre ich mich Ihnen dazu mitzuteilen, daß die deutsche Regierung bei aller Würdigung der in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 15. Januar vorgebrachten Gesichtspunkte zu ihrem Bedauern aus grundsätzlichen Erwägungen davon absehen muß, an den Beratungen des Völkerbundsrates über Punkt 26 der Tagesordnung beizuwohnen. Genehmigen Sie ujm. Gezeichnet Freiherr von Neurath.“

Der Eindruck der deutschen Antwort in Genf

Genf, 17. Januar. In Kreisen des Völkerbundsekretariats erklärt man, daß man schon nach den bisherigen Redungen aus Deutschland eine ablehnende Haltung, wie sie in der Antwort der deutschen Regierung zum Ausdruck kommt, erwartet habe. Man hebt aber gleichzeitig den freundlichen Ton des deutschen Antwortschreibens hervor. Außerdem glaubt man darauf hinweisen zu sollen, daß in der deutschen Antwort zwar jegliche Beteiligung am Völkerbundsrat strikte abgelehnt wird, nicht jedoch Bepreschungen über die Vorbereitung an der Saarabstimmung auf einer anderen Basis. So nimmt man an, daß die deutsche Regierung z. B. sich nicht weigern würde, an einer Kommission teilzunehmen, die im Saargebiet selbst die Modalitäten der Abstimmung festlegen würde, sofern auch Frankreich in die Kommission vertreten ist. Deutschland würde dann nicht als Ratsmacht, sondern nur als interessierte Partei mitwirken. Es ist im übrigen nicht uninteressant, daß man auch in Völkerbundskreisen lediglich durchblicken läßt, daß es sich bei der Einladung Deutschlands vor allem um ein französisches Manöver gehandelt habe, das niemals einen praktischen Erfolg haben könnte, dessen einziger Zweck aber der war, Deutschland den Einwand zu nehmen, daß ihm keine Gelegenheit geboten worden sei, sich an den Vorbereitungen für die Abstimmung rechtzeitig zu beteiligen.

Die bisherige Saarregierung vom Völkerbundrat wiedergewählt

Genf, 17. Jan. Der Völkerbundsrat trat Mittwoch vormittag um 10.30 Uhr wieder zu einer geheimen Sitzung zusammen. Als wichtigster Punkt stand die Wahl der Saarregierung auf der Tagesordnung, die terminmäßig fällig ist. Wie allgemein erwartet, wurde die bisherige Regierung einstimmig wiedergewählt. Die Saarregierung besteht also weiter aus folgenden Mitgliedern: Auer-Eunand, Ehrenroth-Tinnand, Kohnmann-Saarland, Morice-Frankreich, Zoritschitsch-Südwälonien.

Genf und die Saarfrage

Zur Wiederwahl der Regierungskommission

Berlin, 17. Jan. Die Wiederwahl der bisherigen Regierungskommission des Saargebietes erscheint recht bescheiden. Wenn der Völkerbundrat die Regierungskommission in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung bestätigt hat, dann wird man sich fragen: Hätte der Austausch des einen oder anderen einen Wechsel gebracht und den berechtigten Interessen der Saarländer gedient? Wenn dies beantwortet werden muß, dann wird letzten Endes die Aufgabe, die die Regierungskommission zu erfüllen hat, immer daran scheitern, daß das System falsch und die Methode verfehlt ist. Eine aus Ausländern zusammengesetzte Regierung darf in deutsches Gebiet wie die Faust aufs Auge. Nicht im Saargebiet kann ein solches Gebilde seine Aufgabe erfüllen, oder in unerschlossenen Kolonialdistrikten. Anacicht der Tatsache dieses unwürdigen, aus Versailles Geist geborenen Status bleibt die Personenfrage eine solche zweiten Ranges.

Im übrigen ist die Entscheidung des Völkerbundrates infolge von gewissem Interesse, als es den vom Saargebiet ausgehenden marxistischen Bestrebungen entgegen ist, das deutsche Mitglied der Saarregierung durch einen nichtarischen Gesinnungslosen zu ersetzen.

Genfer Gewaltpläne zur Vergevaltigung des Saargebietes

Genf, 17. Jan. In Genf häufen sich die Versuche, den Völkerbundrat zu veranlassen, „besondere Schutzmaßnahmen“ im Saargebiet zu treffen, um die durch „nationalsozialistischen Terror“ angeblich bedrohte Freiheit der Abstimmung zu sichern. Dabei hat man ganz offensichtlich den Plan im Auge, die Fremdbestimmung im Saargebiet in der Abstimmungszeit durch Entsendung fremder Truppen oder Polizeiträfte noch zu verschärfen. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß auch der am Montag hier eingetroffene Präsident der Regierungskommission des Saargebietes der Engländer Knox in Genf darauf drängt, daß ihm derartige Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Um für entsprechende Ratsbeschlüsse die notwendige Stimmung zu erzeugen, wird der angebliche Terror der Nationalsozialisten durch einfülle von Lügen, Entstellungen und Uebertreibungen glaubhaft zu machen versucht, dabei zeigt sich ein enges Zusammenspiel zwischen den berüchtigten kleinen landesverräterischen Eliten im Saargebiet und der Regierungskommission selbst. Nicht umsonst ist eine angebliche Saarabordnung unter Führung der Landesverräter Max Braun und Petri in Genf eingetroffen, die sich bemüht, Völkerbundskreise und die hier versammelten internationalen Presseleute in diesem Sinne zu beeinflussen. Dabei schwankt man noch zwischen der Herderung nach Verschlebung der Abstimmung um mehrere Jahre „bis zur Wiederherstellung einer freien Abstimmung“ und einer Abstimmung, die unter fremden Besatzungen stattfinden soll. Auch außerhalb des Saargebietes wohnende deutsche Emigranten beteiligen sich an diesem ablässigen Spiel.

Zur Unterstüzung aller dieser Maßnahmen ist vom Völkerbundsekretariat ein Schreiben des Regierungspräsidenten Knox an den Völkerbund bekanntgegeben worden, gleichzeitig mit einer Denkschrift der „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung der landesländischen Interessen“ und der „saarländischen Wirtschaftseingung“, also ausgesprochen separatistischer Organisationen, die hier in Genf den Anschein erwecken wollen, als ob beträchtliche Kreise der Bevölkerung hinter ihnen stünden. Es handelt sich um ein winziges Häufchen von Landesverrättern, die in engster Fühlung mit der französischen Propaganda stehen. Diese Landesverräter warten nicht nur mit den bekanntesten Lügen auf, sondern „bitten den Rat, der Regierungskommission des Saargebietes im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung außerordentliche Vollmachten zu erteilen“.

Max Braun „empfängt“

Genf, 17. Jan. Der hier eingetroffene Sozialdemokrat Max Braun hat sich den internationalen Presseleuten in Genf als Vertreter der „Deutschen Einheitsfront“ im Saargebiet, der Liga für Menschenrechte usw. vorgestellt. Er hat weiter erklärt, es sei erschienen, „um den Völkerbundrat auf die Uebergriffe und den Terror der Nationalsozialisten aufmerksam zu machen und ihm zu sagen, daß er die Pflicht habe, die Freiheit der geheimen Abstimmung zu sichern, bevor ein Datum für diese Abstimmung eingelegt werde.“ Im übrigen „beantragt“ er die Verschlebung der Abstimmung um fünf bis zehn Jahre. Erbärmlicher als dieser Landesverräter wäre es, wenn es der Völkerbundrat und ihm maßgebend vertretene Nationen wirklich mit ihrer Würde zu vereinbar hielten, sich eines solchen Individuums für ihren Zweck zu bedienen.

Die Pfalz im neuen Reich

Berlin, 17. Jan. In Gegenwart des Reichsinnenministers Dr. Fricke und des bayerischen Ministerpräsidenten Siebert wird Samstag im Europahaus am Anhalter Bahnhof die große Ausstellung „Die Pfalz im neuen Reich“ — Schau der deutschen Weltmacht“ eröffnet werden. Die sehr umfangreiche Schau soll nicht eine Verkaufsmesse sein, sondern soll vielmehr Zeugnis ablegen von der großen wirtschaftlichen Veranlagtheit dieses Kernlandes des ersten Reiches, von dem deutschen Volkstum der Pfalz, der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung und der Schönheit dieser sonnigen Landschaft. In 25 Eisenbahnwaggons sind die Ausstellungsgegenstände nach Berlin geschickt worden. In der Ehrenhalle sind die Bilder der 8 deutschen Kaiser angebracht, die im Dom zu Speyer bearbeitet liegen. In diesem Raum werden auch die wertvollen Nachbildungen der Reichskleinodien gezeigt, die von 1125 bis 1273 auf dem Trifels, dem Heiligen Berg des ersten Reiches aufbewahrt wurden. Die Nachbildung ist aus Edelmetall und stellt einen Wert von einer Viertel-Million Mark dar. An die neuere pfälzische Geschichte erinnern die Darstellungen aus der Regierungszeit von 1918 bis 1930

und aus der Zeit der Separatistenaufstände. Große Bedeutung haben die Schönheit der Pflanz vor unser Auge: südländische Tafelbauernhäuser, herrliche romanische Kirchenbauten u. a. m. Von großem Umfang ist die kulturpolitische Abteilung. In drei Räumen werden südländische Handwerkszeugnisse gezeigt. Von besonders großer Ausdehnung sind die Abteilungen Wein und Industrie. 130 Millionen Reichsmark ergaben im letzten Jahr 23 Millionen Liter Wein. Das in der Pfalz Mandeln, Feigen und Edelkastanien reifen. Ist sicher nicht überall in Deutschland bekannt; ebenso daß eine Kleinbahn den Namen „Wessermindbahn“ führt, da auf ihr dieses wohlriechende Gewürz verfrachtet wird, das in großen Mengen in der Pfalz erzeugt wird.

Langfristige Planungen im Arbeitsdienst

Arbeitsvorrat für zwei Jahrzehnte
 Berlin, 17. Jan. Der Leiter des Amtes für Arbeitsplanung in der Reichsleitung des Arbeitsdienstes, Gauarbeitsführer Tholen, gab der Presse einen Ueberblick über die umfassenden Maßnahmen, die im Hinblick auf eine langfristige Arbeitsplanung für den Dienst getroffen worden sind. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Landeskulturarbeiten, dann aber auch um Vorhaben auf dem Gebiete der Stedlung und der Fortwirtschaft. In mühseliger Kleinarbeit ist es mit Unterstützung aller beteiligten Stellen gelungen, für einen erziehenden Ueberblick über den gesamten Arbeitsvorrat der hinführend ist, um für zwei Jahrzehnte den Arbeitsdienst mit einem Durchschnittsjahrgang zu beschließen. Gauarbeitsführer Tholen wies darauf hin, daß die Bewältigung dieses Arbeitsvorrates für unsere Selbstversorgung mehr bedeutet, als ein Landgemma im Umfang von einem Sechstel Deutschlands.

Um den Ueberblick möglichst anschaulich zu machen, wurden die erfassten Arbeitsvorhaben auf einer großen Karte Deutschlands im Maßstabe 1:200 000 für die Reichsleitung eingetragen. Lediglich hat jeder der 30 Gaue in Deutschland noch eine ähnliche Karte der Arbeitsvorhaben zur Verfügung, und jede der 180 Gruppen des Arbeitsdienstes hat für ihr Gebiet einen ähnlichen Ueberblick aufgestellt.

Darüber hinaus sind andere weittragende Pläne aufgetaucht. Ein Hinweis von Gauarbeitsführer Tholen gab die Richtung an: Großzügige bauliche Planung, so daß sich die Möglichkeiten für Arbeitsdienst und für die Arbeitsbeschaffung noch unerschöpflich zeigen würden.

Eine Devisen-Affäre

Berlin, 17. Jan. Die Devisenaffäre des Schweizer Bankiers Ehrensparger nimmt immer größere Ausmaße an. Die Summe der ins Ausland verschobenen Devisen hat bereits die Höhe von 1 Millionen erreicht. Bis hierher ist es leider nicht gelungen, auf der Schuldigen festzunehmen. Außer dem flüchtigen Ehrensparger sind noch weitere sieben Bankiers hervorgetreten an den Schönbungen beteiligt gewesen, denen es gelungen ist, über die Grenze zu entkommen. Es handelt sich um den Bankier Charles Louis Speder in Rioberg bei Zürich den Bankier Julius Wapp aus Berlin, den Bankier Rudolf Herzfeld aus Berlin, den Bankier Konrad Sotth-Paris, Verpiger in Paris, den Bankdirektor Oskar Steinberg aus Berlin (jetzt Paris), sowie den Bankdirektor Baenziger in Zürich. Gegen diese sieben Personen sowie gegen eine Geschäftsfrau Adequait aus Berlin hat die Zollabhandlungsstelle Berlin Haftbefehle erlassen.

Rund 100 Tote und über 1 000 Verletzte bei dem Erdbeben in Indien

Kalkutta, 17. Jan. Das schwere Erdbeben in Mittel- und Ostindien hat bisher mindestens 100 Todesopfer und über 1000 Verletzte gefordert. Durch die wiederholten Erdstöße, die auch am Dienstag an verschiedenen Stellen verspürt wurden, ist die Bevölkerung in eine große Panik geraten. Im Patna-Bezirk stürzen sich über 60 Personen getötet und 407 Personen verletzt worden. In Gau wurden 15 getötet, in Jamalpur 33. Auch aus vieler anderen Städten und Ortschaften liegen Meldungen von Toten und Verwundeten vor. Von den 180 Häusern in Jamalpur sind 130 eingestürzt. Nahrung- und Arzneimittel sind in einem Sonderzug nach der heimgesuchten Stadt abgefahren worden. Darfessung die Sommerresidenz des Gouverneurs von Bombay, ist durch neue Erdstöße am Dienstag zur Hälfte vernichtet worden. Schwere Schäden wurden auch in Allahabad und anderen Städten angerichtet. Die Linien der Bengalen- und Nord-Ost-Bahn sind stark beschädigt, so daß der Zugverkehr unterbrochen werden mußte. Bei Gorakhpur kürzten mehrere Brücken ein. Das indische Volk ist durch das große Katastereignis stark beeindruckt. Es mißt ihm teilweise eine religiöse oder politische Bedeutung bei. Insgesamt wurden am Montag 13 Erdstöße aufgezeichnet.

Hunderte von Toten

Kalkutta, 17. Jan. Das schwere Erdbeben hat mehr Todeopfer gefordert und größeren Schaden angerichtet, als man ursprünglich annahm. Am schwersten ist der nördliche Teil von Bihar heimgesucht worden. In der Stadt Muzaffarpur kürzten etwa 12 000 Häuser ein; Hunderte von Menschen kamen ums Leben. In der Stadt Patna sind 56 Tote und über 400 Verletzte zu beklagen.

Neues vom Sage

Lodesstrafe gegen sechs Angeklagte im Nordprozeß Blöcker beantragt

Hamburg, 17. Jan. In dem Prozeß wegen der Ermordung des Hamburger Hiltlerjungen Otto Blöcker vor dem hanseatischen Sondergericht beantragte der Staatsanwalt gegen sechs Angeklagte die Todesstrafe, gegen die übrigen Angeklagten wurden Strafen von insgesamt 144 Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Gefängnis beantragt.

Großfeuer im Sankt Josephshaus

Remmich, 17. Jan. Das Großfeuer, das seit Mitternacht im Sankt Josephshaus bei Waldreithaus wüthete, konnte eingedämmt werden. Der Dachstuhl und der Hügel, in dem die Wohnungen der Klosterbrüder untergebracht waren, ist vollständig

Schukhaft gegen Wirtschaftsschädlinge

Das Württ. Innenministerium — Württ. Politische Polizei — teilt mit:

Im Kampf gegen das gemeinschädliche Treiben der wirtschaftsschädlichen Elemente sah sich das Württ. Innenministerium — Württ. Politische Polizei — im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium genötigt, in diesen Tagen eine Reihe von Verhaftungen vorzunehmen. Bei den dadurch Betroffenen handelt es sich um Angehörige einer ganz bestimmten Richtung des „Auch-Unternehmertums“, das mit dem ankündigen, gewissenhaften und der Wirtschaft und der Volksgemeinschaft gegenüber verantwortungsbewußten Unternehmertum nichts zu tun hat. Diese besondere Kategorie von Unternehmertum — im wesentlichen von unlauteren Geschäften lebend und die Gültigkeit von Gläubigern und Lieferanten zunichtend — glaubte sich durch die formalistische Gesetzgebung und Rechtsprechung der vergangenen Epoche hinlänglich geschützt um frei von irgend welcher moralischen Hemmungen ihre dunklen Geschäfte durchzuführen zu können. Die berufenen Stellen nehmen diese Gelegenheit zum Anlaß, eindringlich davor zu warnen, die echten Grundzüge des Wirtschaftens zu verletzen und zu verfälschen. Diese dürfen nicht und können niemals in einer einseitigen Bereicherung des einen Teiles der kontrahierenden Parteien ohne Gegenleistung bestehen, die seither im nicht nationalsozialistischen Staat durch Rechtsformen geschützt war, die infolge ihrer Vorkriegshäufigkeit strapazierter Wirtschaftsbetätigung ermüdeten. Auf der anderen Seite hat sich auch hier ergeben, daß die Schädigungen vor allem deshalb einen so großen Umfang annehmen konnten, weil Handwerker und Kaufleute alle von berufenen Stellen ergangenen Warnungen leichtsinnig in den Wind schlugen und sich auf Geschäfte einließen, die infolge der besonderen rechtlichen Bindung, zusammen mit der persönlichen geschäftlichen Unzuverlässigkeit der Auftraggeber, sich verberblich auswirken mußten.

In einem Falle wurde der mehrfach vorbestrafte Bauunternehmer Philipp Wolff in Schupstall genommen, der, nachdem er bereits vor einem Jahrzehnt wirtschaftlich zerschlagen war, es verstand, innerhalb der letzten drei Jahre nicht weniger als vier Unternehmungen zu gründen, die nacheinander zahlungsunfähig wurden.

Bei diesen Gründungen schützte sich Wolff vor dem Zugriff der Gläubiger durch die Uebertragung der Unternehmungen auf den Namen von Verwandten und Bekannten. Die durch die zutüchtigen Behörden durchgeführte Untersuchung ergab, daß sich immer wieder Geschäftsleute gefunden hatten, die trotz der notorisch liederlichen Geschäftsführung des Wolff immer wieder Waren- oder Barkredite gaben. Es wurden so innerhalb von drei Jahren eine Reihe von Handwerkern und Kaufleuten um rund 1 000 RM geschädigt; beispielsweise betragen bei einer der zahlungsunfähigen die Forderungen rund 70 000 RM, darunter etwa 65 000 RM Handwerkerforderungen, denen an Aktien lediglich 132 RM gegenüberstanden. Da zu befürchten stand, daß auch durch die fünfte Neugründung des Wolff, für deren Geschäftsbaß die von Wolff auch in früheren Fällen bevorzugte Methode der Uebertragung der gesamten Einrichtung des Geschäfts an eine ihm befreundete Kontoristin bezeichnend ist, Handwerkerkreise zu Schaden kommen würden, wurde er auf seinen eigenen Antrag hin, da er befürchtete, von den erditterten Gläubigern tatgeschlagen oder verprügelt zu werden und, um weitere Schädigungen des Publikums zu vermeiden, in Schupstall genommen. Außerdem ist gegen ihn auf Grund der Bestimmungen der Gewerbeordnung ein Verfahren auf Unterjagung des Geschäftsbetriebs eingeleitet.

Verhältnismäßig harmlos nimmt sich dieser Fall gegenüber Wirtschaftsvorgängen aus, deren Urheber der Inhaber einer Stuttgarter Automobilhandlung ist, die sich eine Bauunternehmung angegliedert hatte. Diese eigenartige Verbindung zweier Geschäftszweige, die nicht gerade als in einem „gen wirtschaftlichen oder technischen Zusammenhang stehend bezeichnet werden können, entstand auf Grund eines „Geschäftsplanes“, der von dem Inhaber der Automobilhandlung, Max Schmidt, mit Hilfe seines üblichen Anwalteten Turwald, der nachher

über das Gewerbe eines Zauberkünstlers, eines Kellamejannones und eines Wirtschaftsberaters ausübte, entworfen und ausgearbeitet wurde. Bei der Durchführung dieses Planes wählte der Leiter der „Rechtsabteilung“ der Schmidtischen Unternehmung, der „Sonditus“ und frühere Postleakler Berel Rajmann, der — tatsächlich jüdischen Glaubens und fremder Staatsangehörigkeit — seinen Namen unberechtigterweise in Bernhard Rajmann umänderte, tatkräftig zur Seite zu stehen. Auf Grund des in einer regelrechten Denkschrift niedergelegten Planes wurde eine Abnahmehilfe für Kraftfahrzeuge verwirklicht, die einzigartig hinsichtlich der Geschäftsmethoden und der geradezu verberberischen Erfindungsoriginalität dasteht und von der der Bericht der Untersuchungsbehörde feststellt, daß sie — ausgesprochen jüdischer Geisteshaltung entsprungen — das Mutterbeispiel einer Geschäftsgebarung darstellt, die unter völligem Verzicht auf eigene Leistungen davon ausgeht, unter Ausnutzung der Kollage anderer Geld zu verdienen.

Der Plan ging darauf aus, Kraftfahrzeuge auf Gegengeschäft mittels handwerklicher Leistungen zu verkaufen, wogegen an und für sich nichts einzuwenden gewesen wäre. Schmidt legte es jedoch darauf an, Handwerker zu finden, die für den Kauf eines Autos nach ihrer gesamten persönlichen und wirtschaftlichen Lage gar nicht in Betracht kommen konnten, und zwar wurden die Interessenten durch unverfänglich gefasste Anzeigen in der Tagespresse angelockt. Schmidt ließ durch die Bauhandwerker eine Reihe von Häusern erstellen, wobei er auf Grund des Geschäftsplanes die gesamten handwerklichen Arbeiten in möglichst viele Einzelvergebungen teilte. Kaum ein Auftrag wurde von Schmidt ohne die Bedingung eines Gegengeschäfts vergeben, das darin bestand, daß nicht nur in Höhe des Betrages der ausgeführten Arbeiten eine Abnahmepflicht der Bauhandwerker auf Kraftwagen ausbedungen wurde, sondern er verband es auch durch seine Ueberbedingungsfläche, einen Teil der Handwerker zu bewegen, Gegenabkässe über den für die Bauarbeiten zu leistenden Betrag hinaus und sogar in mehrfacher Menge des Bestellen zu tätigen. Bei den Bauabrechnungen wurden fast regelmäßig rigorose Abzüge durchgeführt, und so der Wert der geleisteten Arbeiten künstlich herabgesetzt. Da sich der größte Teil der Kontrahenten nicht in der Lage sah, die Wagen abzunehmen, wurde gerichtlich gegen sie vorgegangen, wobei sich Schmidt einen weit über die übliche Spanne hinausgehenden „entgangenen Gewinn“ errechnete und einlagte. Auf diese Art wurden die überordneten Handwerker sogar die Schuldner ihres Auftraggebers.

Bei der durch die Polizei angeleiteten Untersuchung hat sich weiteres belastendes Material hinsichtlich der sonstigen in gleich schädlicher Richtung gehenden Geschäftsbetätigung des Schmidt ergeben. Nachdem anfangs die Bauvorhaben auf den Namen der Autofirma selbst gingen, sah sich Schmidt veranlaßt, um nicht selbst in den Vordergrund treten zu müssen, die Vorgeschäfte durch ein besonderes Unternehmen, das unter der Firma „Probag“ mit Sitz in Badatz (H) gegründet wurde, durchführen zu lassen. Dazu kam noch die Errichtung eines Lohnstellenunternehmens im Zentrum der Stadt, dessen Geschäftskapital in Händen naher Verwandten die als Strohmänner zu fungieren hatten lag. Die Geschäftsanteile des Unternehmens wurden später zu einem weit überhöhten Preis an einen Stuttgarter Ingenieur unter Verhinderung des wirtschaftlichen Wertes des Unternehmens abgetreten.

Die im Laufe der Durchführung des Geschäftsplanes sich ergebenden zahlreichen Prozesse hatten A auch zur Einleitung verschiedener staatsanwaltlicher Verfahren geführt, die jedoch zu einer Zeit, in der die tatsächlichen Zusammenhänge nicht bekannt waren, aus formalrechtlichen Gründen gegenüber Schmidt und seinen Helfershelfern eingestellt werden mußten, wobei als charakteristisch zu erwähnen ist, daß Schmidt sich den bekannten Berliner jüdischen Anwalt Dr. Hilsberg zum Verteidiger nahm. Auf Grund der eingehenden neuen Erhebungen ist gegen Schmidt ein gewerbepolizeiliches Unterjagungsverfahren eingeleitet worden, außerdem ist Schmidt zusammen mit seinen Komplizen in Schupstall genommen worden.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 18. Januar 1924.

Saisonjährl- und Inventurverkäufe 1924

Für die demnächst beginnenden Saisonjährl- und Inventurverkäufe verbleibt es in Württemberg bei den geltenden Bestimmungen. Demgemäß dürfen die Saisonjährl- und Inventurverkäufe frühestens am 3. Samstag des Januar, also am 20. Januar 1924, beginnen und während einer Frist von vier Wochen, also bis 16. Februar 1924, veranstaltet werden. Die Dauer des einzelnen Verkaufes darf 15 Tage (Sonntage eingeschlossen) nicht übersteigen. Eine Anmeldepflicht besteht für die Saisonjährl- und Inventurverkäufe nicht. Die Saisonjährl- und Inventurverkäufe sind in allen Ankündigungen als solche zu bezeichnen. Der Zeitpunkt ihres Beginns und Schlusses ist durch Anschlag oder Anstift an der Außenseite des Geschäftslotals in deutlich erkennbarer Weise bekanntzugeben. Die Angabe des Beginns muß auch in jeder Ankündigung enthalten sein. Ankündigungen von Saisonjährl- und Inventurverkäufen dürfen frühestens am 3. Freitag vor Beginn erfolgen. Nach Beendigung sind alle auf den Saisonjährl- und Inventurverkauf sich beziehenden Ankündigungen sofort zu bezeichnen.

Freudenstadt, 17. Januar. (Von Winterhilfswerk.) — Ueber 20 Prozent der Bevölkerung Freudenstadts werden unterstützt. Gestern fand eine Sitzung der R.S.-Volkswohlfahrt Dg. Freudenstadt statt, bei welcher Pg. Otto Mast einen Tätigkeitsbericht des Winterhilfswerks in Freudenstadt und im Bezirk gab. Die ersten Spenden floßen beim Erntedankfest von den Bauern des Bezirks. An Geldspenden gingen aus dem Bezirk bis zur ersten Hälfte des Januar insgesamt 10 086 Mark ein. Ausgegeben wurden bis Januarmitte insgesamt 8000 Mark, jedoch für die nächste Verteilung noch 2088 Mark zur Verfügung stehen. Barspenden werden keine gemacht, sondern das Geld wird zum Einkauf von Lebensmitteln, Kleidungsstücken und Brennstoffen verwendet. An Lebensmitteln und Brennstoffen wurden ganz beträchtliche Mengen abgegeben. Von Interesse ist die Feststellung, daß in Freudenstadt 2335 Personen, also mehr als 20 Prozent der Freudenstädter Bevölkerung unterstützt werden. Diese Unterstützte verteilen sich auf 573 Haushaltungen. — Im Anschluß an diesen Tätigkeitsbericht legte Kreisleiter Lademann der Sitzung die Neuorganisation der R.S.-Volkswohlfahrt vor.

ng vernichtet worden. Die Vorarbeiten wurden durch ungünstige Wetterverhältnisse stark behindert. Der anfänglich auf die Kirche und die Kranlenanstalt gerichtete Wind schlug zum Glück ab.

Typhusepidemie in einer jüdischen Stadt

Sofia, 17. Jan. In der jüdischen Stadt Hasowo ist eine Typhusepidemie ausgebrochen, die in den letzten Tagen einen besorgniserregenden Umfang angenommen hat. Bisher sind 182 Personen erkrankt. Es handelt sich um Unterleibstypus in zunächst wenig bösartiger Form, so daß bisher nur wenige Todesfälle zu beklagen sind. Auf Anordnung der Regierung ist die Stadt vollkommen isoliert worden.

Ruhiger Verlauf der Araberfundgebungen in Palästina

Jerusalem, 17. Jan. Die von den Führern der gegen die jüdische Einwanderung gerichteten arabischen Protestbewegung für den heutigen mohammedanischen Feiertag seit Wochen vorbereiteten Araberfundgebungen wurden auf Anordnung der Regierung in allen Städten auf bestimmte Plätze und auf die Zeit von 7 bis 8 Uhr morgens beschränkt. Die Beteiligung war daher im allgemeinen nur gering. In größeren Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Die mandchurische Kaiserproklamation auf den 20. Januar verschoben

London, 17. Jan. Wie Reuters aus Tschangtschun meldet, wurde dort durch Anschläge bekanntgegeben, daß die Krönung Pankis zum Kaiser auf den 20. Januar verschoben worden sei.

Grubenexplosion in Fushun — 8 Tote

Mudan, 17. Jan. In den Kohlengruben von Fushun ereignete sich eine Explosion, die acht Todesopfer forderte.

Die Erfahrung lehrt Sie

daß Sie ohne die Schwarzwälder Tageszeitung nicht mehr auskommen können; denn Sie müssen mit-erleben und mithören, was in Ihrer nächsten Umgebung und auf der gesamten Welt sich ereignet. Vergessen Sie deshalb die Bestellung unserer Zeitung nicht!



darnach werden die Bezirks-Vollständigkeitsvereine sowie die Ortsvollständigkeitsvereine auf Grund einer Anordnung der Gauleitung alsbald aufgelöst. Die NS-Vollwohlfahrt ist in Zukunft eine Unterorganisation der NSDAP. Vermögen und Mitglieder der Vereine werden von der Volkswohlfahrt übernommen. In der Stadt Freudenstadt befindet sich die Kreisverwaltung der NS-Vollwohlfahrt. Kreiswaller ist Pg. Schwaneberg, da Otto Maß wegen Ueberlastung gebeten hatte, von seiner Person nunmehr abzusehen. In sämtlichen Gemeinden des Bezirks werden Ortswaller ernannt. Der örtliche Verteilungsausschuß in den Gemeinden setzt sich wie folgt zusammen: Ortswaller, Ortsgruppenleiter, wenn eine NS-Frauenenschaft besteht, die Leiterin derselben, oder eine andere Frau, dem Pfarrer, einem Lehrer, oder einem Arzt. Angeordnet ist, daß jeglicher Dienstverkehr über die Kreisverwaltung Freudenstadt geht. Auch gehen sämtliche Geld- und Naturalspenden an die Kreisverwaltung. Die Ausschüsse haben ihren Bedarf bei der Kreisverwaltung anzufordern. Der große Verteilungsausschuß tritt 14tägig zusammen. Dringende Fälle werden vom Geschäftsführer in Verbindung mit dem Kreiswaller sofort erledigt.

Auflösung vom O.L. Bezirk Neuenbürg. (Straßensperre. — Maurer- und Steinhauer-Zwangsinnung.) Das Oberamt macht bekannt: Die Straße über den Gröfelbach südlich des Großtal-Wirtschauses auf Richtung Engelsbrand wird mit sofortiger Wirkung für jeglichen Verkehr für Lasten von mehr als 50 Zentner bis auf weiteres gesperrt. Umleitung über Hefen-Längenbrand, bezw. Bächenbrunn-Engelsbrand. — Die Maurer- und Steinhauer-Zwangsinnung des Bezirks Neuenbürg hält am Samstag, den 20. Januar 1934, nachmittags 3 Uhr im „Schiff“ in Neuenbürg eine Innungsversammlung ab. Dieser Versammlung haben alle, die das Maurer- und Steinhauer-Gewerbe als Unternehmer ausüben, anzuzuwohnen. Vom Wirt, Arbeitgeberbund für das Baugewerbe wird dabei ein Vortrag über „Aufbau unserer Wirtschaft“ gehalten.

Keutlingen, 16. Januar. (Pfarrer tödlich verunglückt.) Am Montagabend wollte Stadtpfarrer a. D. Sandberger aus Meßingen aus dem Fahrplanmäßig um 20.56 Uhr auf dem Keutlinger Hauptbahnhof eintreffenden Honauer Zug noch während der Fahrt abspringen, kam dabei zu Fall und geriet unter die Räder. Er erlitt derart schwere Verletzungen, daß der Tod sofort eintrat. Stadtpfarrer i. N. Sandberger wurde am 6. März 1867 in Herrenberg geboren als Sohn des nachmaligen Präsidenten des evang. Konsistoriums. Im November 1923 kam er von Liebengell als erster Stadtpfarrer nach Meßingen, wo er bis Mitte Oktober vorigen Jahres amtierte. Sandberger erfreute sich als Pfarrer und Mensch allgemeiner Wertschätzung.

Schwenningen a. N., 17. Januar. (Warnung vor Zuzug.) Die NS-Fraktion des Gemeinderats warnt in einer öffentlichen Aufforderung die Hausbesitzer und Vermieter, Wohnung oder Zimmer an arbeitslose oder mittellose, von auswärts zuziehende Personen zu vermieten. Eingeschlossen sollen dabei auch diejenigen sein, welche im Verdacht der Mittellosigkeit stehen. Es heißt in der Verkaufsberatung, daß in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1933 eine große Anzahl Leute von auswärts zugezogen und dem Fürsorgeamt zur Last gefallen sind. Schwenningen ist von der Arbeitslosigkeit besonders stark betroffen. Es wird darum auf die starke Belastung der Stadtgemeinde hingewiesen und gebeten, mitzuwirken in dem Kampf gegen den Zuzug hilfsbedürftig werdender Familien und Einzelpersonen. Es wird hervorgehoben, 1. daß der Vermieter Gefahr läuft, in solchen Fällen keine Miete zu bekommen, weil das Fürsorgeamt dafür keine Geldunterstützung mehr gibt, 2. daß der Vermieter der Stadt und sich selbst schadet, weil solche Personen oft auf Rechnung der Steuerzahler der öffentlichen Fürsorge anheimfallen, 3. daß der Vermieter auf solche Weise das Heer der Arbeitslosen in unserer Stadt vermehrt, anstatt, wie es seine Pflicht wäre, zur Verminderung der Arbeitslosigkeit beizutragen und 4. daß der Vermieter durch solches Verhalten Vorjudiz leistet, daß hiesige freie Arbeitsplätze mit fremden Kräften besetzt werden.

Gosheim, 17. Januar. (Auf der schwäb'schen Eisenbahn.) Eine nicht gerade glückliche Fahrt war dem Mittagzug von Reichenbach nach Spalchingen beschieden, denn beim Bahnhof Gosheim ging der Maschine im wahrsten Sinn des Wortes der Schnauze aus — nämlich der Wasservorrat. Das wäre nun noch nicht schlimm gewesen, wenn wir Gosheimer nicht so wasserarm wären, daß uns schon selbst zweimal täglich eine kärgliche Ration zugeteilt wird, nun mußten wir noch der Maschine abgeben. Es blieb letzten Endes nichts anderes übrig, als den Zug hier stehen zu lassen und die Reisenden mit dem Gegenzug zum Teil wieder in ihre Ausgangsstationen zurückzuführen. Ein Ereignis, das nicht von allen Beteiligten mit Humor aufgenommen werden konnte.

Ebingen, 17. Jan. (Die Grippe geht u. a.) Die Grippe geht hier sehr stark um. Die Ärzte haben alle Hände voll zu tun. Das Tauwetter, mit dem es nun wirklich ernst geworden, dürfte höchst wahrscheinlich dem unguten Gott nicht wenig Vorjudiz leisten.

Stuttgart, 17. Jan. (Ehrenbürger.) Der württ. Reichstatthalter empfing am Dienstag eine Abordnung der Stadt Waldenbuch, die ihm die Ehrenbürgerurkunde der Stadtgemeinde überbrachte. Der Reichstatthalter unterließ sich längere Zeit mit der Abordnung über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt.

Die „Kamera“. Die vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda in Berlin in den Tagen vom 4.—19. November 1933 in den Ausstellungshallen am Raiterdtamm mit großem Erfolg gezeigte Ausstellung „Die Kamera“ ist der Stadt Stuttgart für die Tage vom 24. März bis 15. April 1934 zur Verfügung gestellt worden.

Die Reichswehr am Reichsgründungstag. wie Truppenteile des Reichsheeres gedenken innerhalb ihrer Kasernen bei Appell am 18. Januar der geschichtlichen Bedeutung des Reichsgründungstages. Die Soldaten haben am 18. Januar dienstfrei. Die Kasernen und militärischen Dienstgebäude hießen die Reichskriegsflagge.

Heidenheim, 17. Jan. (Wechsel in der Leitung des Schwäb. Sängerbunds.) Wie die Württ. Zeitung erfährt, will Oberbürgermeister Fülle mit Rücksicht auf sein Alter und seine in Aussicht genommene Ruhebeziehung im Jahr 1935 das von ihm mit viel Tatkraft und Geschicklichkeit ausgeübte Amt des Führers des Schwäb. Sängerbunds niederlegen.

Aufruf des Winterhilfswerks an die deutschen Stiftungen!

Das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes 1933/34 bittet die Verwaltungen aller deutschen Stiftungen, die im Jahre 1933 und in den vorigen Jahren Ausschüttungen nicht vorgenommen haben, die Erträge ihrer Stiftungen der Reichsführung des W.H.W., Berlin, Reichstag, bekanntzugeben.

Soweit dies möglich ist, sollen die gesamten Erträge dieser Stiftungen dem Winterhilfswerk zur Verfügung gestellt werden, damit auf diese Weise brachliegendes Volksvermögen zum Kampf gegen Hunger und Kälte eingesetzt werden kann.

Der Reichsführer des Winterhilfswerks:
Hilgenfeldt.

Stuttgart-Oberföhrheim, 17. Jan. (Verbrühen.) Am Dienstagabend gegen 8 Uhr explodierte in einer Brauereibrennerei in der Cannatterstraße ein sog. Wasserbadbrennapparat, wodurch ein 41 Jahre altes Fräulein sowie zwei Männer im Alter von 59 und 26 Jahren, die sich zu dieser Zeit in dem Brennraum aufhielten, stark verbrüht wurden. Das Fräulein und der jüngere Herr mußten in das Krankenhaus Cannstatt eingeliefert werden.

Keutlingen, 17. Jan. (Ein List-Archiv.) Aus Anlaß der Hundertjahrfeier des Deutschen Zollvereins war am Samstag in Berlin eine Festigung, zu der der Reichsminister der Finanzen und der preussische Finanzminister geladen hatten. Württemberg, das Heimatsland, und Keutlingen, die Geburtsstadt Friedrich List's, war dabei durch Oberbürgermeister Dr. Federer vertreten. Bei diesem Anlaß nahm Dr. Federer Gelegenheit, mit den Mitgliedern der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung zu sprechen und ihnen eine Reihe von schwebenden Wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen vorzutragen. Auch über das in Keutlingen zu gründende List-Archiv wurde verhandelt und es wurde dabei festgelegt, daß der Vorstand der Friedrich-List-Gesellschaft, Staatsminister Dr. Saemisch, in der nächsten Zeit nach Keutlingen kommt.

Benningen, O.L. Ludwigsburg, 17. Jan. (Drei Einbrüche.) Montag nacht wurde hier dreimal eingebrochen, und zwar im „Fog“, in der „Traube“ und in der „Krone“. Die Diebe hatten in allen drei Fällen ein Stück der Fensterleiste herausgeschritten und sind dann durch das Fenster eingeklettert. Es fiel ihnen jedesmal ein ganz geringer Betrag in die Hände.

Mühlacker, 17. Jan. (Die Stadt kauft den Uhländbau.) Der Uhländbau, der die Städte, in der die Bezirksbevölkerung so manches Mal hohe Theaterlunten erleben durfte, bleibt mit allen Bühneneinrichtungen nunmehr der Stadt erhalten. Durch Kauf ging das große Haus an die Stadt über.

Von der bayerischen Grenze, 17. Jan. (Von einem Lastwagen totgedrückt.) Infolge Glattseises kam ein Lastwagenzug aus Stuttgart auf der hohen Straße bei Obererbach nach Ueberwindung der Hälfte des Berges nicht mehr weiter. Der Lenker kuppelte den Anhänger ab. Der Wagen verlor das Gleichgewicht und stürzte in einen Graben. Der Mitfahrer Schmidt, der die Bremse bediente, wollte im letzten Augenblick abpringen, wurde aber von dem umstürzenden Wagen erfasst und zu Tode gedrückt.

Aus Baden

Freiburg, i. Br., 16. Januar. (Das Horst-Wessel-Lied im Freiburger Glockenspiel.) Vor Monaten äußerte man bei der Stadterwaltung in Freiburg den Wunsch, als erste Stadt, die ein Glockenspiel besitzt, das Horst-Wessel-Lied vom Rathausurm erklingen zu lassen. Die Firma Wette-Bösch erklärte sich bereit, diesen Wunsch in die Tat umzusetzen und erfüllte ihn auch auf ihre Kosten. Wer gestern nachmittags am Rathaus vorbeikam, den überraschte schon das fertige Lied. Der Einbau dauerte mehrere Tage.

Die Württ. Oberrechnungskammer wird aufgehoben

Stuttgart, 17. Jan. Das Württ. Staatsministerium hat, wie der „NS-Kurier“ meldet, eine Verordnung über die Vorprüfung für den Rechnungshof und über die Aufhebung der Oberrechnungskammer beschlossen. Zur Erfüllung der Vorarbeiten über die Vorprüfung für den Rechnungshof wird ein Rechnungsausschuß geschaffen, dessen Hauptaufgabe es ist, die Rechnungen, Bücher und Nachweisungen samt den Belegen für den Rechnungshof vorzuprüfen und zwar in erster Linie rechnerisch und förmlich, aber auch sachlich soweit dies der Rechnungshof anordnet. Auch die Vorprüfungsstellen der Ministerien sind hinsichtlich ihrer Prüfungstätigkeit an die Weisungen des Rechnungshofes gebunden. Die Oberrechnungskammer wird aufgehoben. Das Finanzministerium bestimmt, wann ihre Tätigkeit als Abwicklungsstelle endigt.

Muffolini ehrt eine deutsche Mutter

Stuttgart, 17. Jan. Benito Mussolini hat der Mutter des in Stuttgart im Kampf mit den Kommunisten gefallenen SA-Mannes Gregor Schmidt sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift überreicht. Die Mutter des toten SA-Mannes hat dem Duce in einem längeren Telegramm für die hohe Ehrung ihren Dank ausgesprochen, die damit nicht nur ihr, sondern dem ganzen deutschen Volke erwiesen wurde. Die Witwe Gregor Schmidts wurde vor einiger Zeit von Stuttgart in seine Heimat nach Stettin übergeführt, wo sie im „Gregor-Schmidt-Haus“ ihre Ruhestätte gefunden hat.

Die Herkunft von Rudolf Heß

Sa der durch die Presse angelegenen Mitteilung aus Reußen, Reichsminister Rudolf Heß, Stellvertreter des Führers, komme von Georg Konrad Heß aus Reußen ab, wird uns geschrieben: Die Mitteilung beruht auf einem Irrtum. Rudolf Heß stammt aus Oberkanten. Sein Urgroßvater Johann Heß betrieb wie seine Vorfahren in Wunsiedel im Fichtelgebirge das Schuhmacher-Gewerbe. Sein Sohn Christian Heß wanderte in jungen Jahren aus und gründete in Alexandria (Ägypten) ein Han-



Bekanntmachungen der NSDAP.

NSDAP, Ortsgr. Altensteig

Der Arbeitsdienst ladet auf morgen abend alle Parteigenossen zu einer Filmvorführung in das Arbeitsdienstlager ein. Vorgeführt wird der Film „U 9 Weddigen, ein Heldenschicksal“. Beginn nachmittags 5 Uhr. Ich fordere die Pgg. auf, recht zahlreich von der Einladung Gebrauch zu machen.

Stellv. Ortsgruppenleiter: Kalmbach.

Kreisbauernschaft Nagold

Der Kreisbauernschaft zur Meldung, daß ich vom 19. bis 27. Januar 1934 nach Weimar und Gumburg verreist bin. Alle Anfragen und dienstlichen Sachen sind während dieser Zeit an meinen Stellvertreter Julius Kaiser, Talhof-Nagold, oder Karl Bühler, Spielberg, zu richten.

Kalmbach, Kreisbauernführer.

Aus parteiamtlichen Bekanntmachungen

Og. und St.-P. der NSDAP, Freudenstadt
Sprechstunde des Kreisleiters in Halzgrafenweiler. Am Freitag, den 19. 1. 1934, nachmittags 4 Uhr, hält der Kreisleiter im Rathaus in Halzgrafenweiler eine Sprechstunde ab. Die Bevölkerung kann bei dieser Gelegenheit ihre Wünsche persönlich vorbringen.

Sprechstunden des Kreisleiters in Grömbach, Wörnerberg und Edelweiler. Kreisleiter Lüdemann weist am Donnerstag, den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr in Grömbach, nachmittags 4.30 Uhr in Wörnerberg, nachmittag 5.30 Uhr in Edelweiler. Mit seiner Anwesenheit wird um die gleiche Zeit in den einzelnen Orten eine Sprechstunde verbunden, die jeweils im Rathaus abgehalten wird. Besondere Wünsche der Bevölkerung können dort vorgetragen werden.

Mügge, Kreisadjutant.

Der Stellvertreter des Führers:

NSK. Der Stellvertreter des Führers erläßt folgende Bekanntgabe:
Mit dem heutigen Tage tritt Pg. Reichsleiter Pp. Boublier in meinen Stab. Ihm obliegt die Bearbeitung kulturpolitischer Fragen, die in immer größerem Ausmaß an mich herangetragen werden. Die Stellena des Pg. Boublier als Reichsgeschäftsführer wird dadurch nicht berührt.

München, den 15. Januar 1934.
ges. Rudolf Heß.

Der Reichsgeschäftsführer:

NSK. Der Reichsgeschäftsführer erläßt folgende Bekanntgabe:
In letzter Zeit hat der Umfang mehr und mehr Platz gegriffen, dienstliche Schreiben an die Reichsleitung der NSDAP. Nichts persönlich an die Reichsleiter und Amtsleiter zu richten. Ich weise wiederholt darauf hin, daß dieses Verhalten eine beträchtliche Erschwerung des Geschäftsanges mit sich bringt und erzuhe dringend, alle Dienstschreiben an die Reichsleitung der NSDAP. (Name der Abteilung), München 43, Postfach 80, zu senden.

Ich gebe hiermit furs die einzelnen Abteilungen der Reichsleitung bekannt, für die die Post an obige Anschrift gerichtet werden muß:

- Reichsstaatsanwaltschaft,
- Reichsgeschäftsführung,
- Reichs-Wacht,
- Rechtsabteilung RL,
- Reichspressstelle,
- Auslandspressstelle,
- Reichspropagandaabteilung,
- Oberste Leitung der NSDAP,
- NS-Frauenkraft,
- NS-Betriebszellenabteilung,
- NS-Kriegsopfervereinsleitung,
- Kommunalkolonialistische Abteilung,
- NS-Beiratsratler,
- Kommission für Wirtschaftspolitik,
- Reichsinnenministerium,
- Bergedebund,
- Hilfsfahne,
- Oberste SA-Führung.

Briefe an die Reichsstaatsanwaltschaft sind an die Reichsleitung der NSDAP, Abteilung Reichsstaatsanwaltschaft, München, Schwandlstraße 33, zu richten.

Briefe an die Reichsführung SS. sind an das Postamt München 43, Postfach 61, zu richten. Wer weiterhin Dienstschreiben persönlich an Reichsleiter und Reichsleiter richtet, muß unmissbare Verzögerungen in der Behandlung seiner Sendungen erwarten.

Dagegen sind die für das Büro des Stellvertreter des Führers bestimmten Sendungen wie bisher zu richten: An den Stellvertreter des Führers, Herrn Rudolf Heß, München 43, Postfach 80.

München, 13. Januar 1934.
ges. Boublier.

Belagenschaft, das nach seinem Tod sein ältester Sohn Erik Heß übernahm. Dieser, der Vater des Reichsministers, baute nach dem Weltkrieg das Geschäft wieder auf und ist heute noch in Reußen. Wunsiedel verließ wegen dieser Abstammung Rudolf Heß das Ehrenbürgerrecht.

Württembergischer Museumsverband gegründet

Wm, 17. Jan. Im südt. Württemberg wurde dieser Tage ein Württ. Museumsverband gegründet. Sein Arbeitsgebiet umfaßt das ganze Württemberg mit Hohenzollern; sein Aufgabenkreis erstreckt sich auf sachmännliche Beratung der heimatischen Museen, deren Förderung und Ausbau, sowie Wahrung und Vertretung ihrer Interessen in der Öffentlichkeit. Ein in einfacher Form zu haltendes Mitteilungsblatt wird den angeschlossenen Organisationen musikalische Anregungen vermitteln. Mit kurzen Einleitungswörtern beriet Kulturmord Dr. G. Schmüde zum Leiter des Württ. Museumsverbandes den Kunstreferenten des Landesamts für Denkmalspflege, Konservator Dr. Richard Schmidt. Die anwesenden etwa 20 Museumsvertreter begrüßten mit Genugtuung die Aussicht auf Unterstützung ihrer Arbeit durch engere Verbindung untereinander und die einheitliche Führung durch einen in jeder Hinsicht bewährten Fachmann.



Kleine Nachrichten aus aller Welt

Meldepflicht für österreichische Staatsangehörige in Bayern. Die bayrische Presse veröffentlicht folgende Anordnung: Sämtliche österreichische Staatsangehörige haben sich bis spätestens Samstag, den 20. Januar 1934, mittags 12 Uhr bei den zuständigen Bezirksverwaltungsbehörden unter Vorlage ihres Passes zu melden.

Die nationalsozialistischen österreichischen Flüchtlinge in Ungarn. Die 117 nationalsozialistischen österreichischen Flüchtlinge wurden aus dem Lager von Allerheiligen in drei großen Waggons nach Belfesgulle an der Südoßgrenze Ungarns gebracht.

Sechs Wochen Arrest für Frauenfeld. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Sicherheitsdirektion der Stadt Wien Frauenfeld mit 6 Wochen und den Chefredakteur der „Deutsch-Österreichischen Tageszeitung“, Schattensroh, mit 3 Wochen Arrest bestraft habe.

Nicht neue englische Zerstörer werden gebaut. Die Admiralität hat 8 Zerstörer des Flottenbauprogramms von 1933 beträchtlich früher als erwartet worden, bei 4 Privatfirmen in Auftrag gegeben.

Doppelhinführung in Dessau. Am Mittwoch morgen wurden im Hof des Dessauer Gerichtsgefängnisses der Völkische Karl Hans und der Kordmacher Wilhelm Biefer, die durch Urteil des Dessauer Schwurgerichts vom 13. Juli 1933 wegen Ermordung des SA-Mannes Cieslik in Heddingen (Anhalt) zum Tode verurteilt worden waren, mit Handbeil durch den Scharfrichter Engelhardt hingerichtet. Die Hinrichtung ist die erste in Anhalt seit 1888.

Die Ursache der Flugzeugkatastrophe von Cordigny. Die Untersuchung über die Ursache des schweren Flugzeugunglücks bei Cordigny hat ergeben, daß die Katastrophe auf den heftigen Sturm zurückzuführen ist. Das Flugzeug hatte einen Teil seiner Steuerung verloren, gehörte dem Führer nicht mehr und ist auf dem Boden zerstückelt. Man vermutet, daß die Insassen sofort tot waren. Teile des Apparates wurden etwa 1,5 Kilometer von der eigentlichen Unglücksstelle entfernt aufgefunden.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Die Lage am süddeutschen Kadelstammholzmarkt. Die Nachfrage nach Stammholz hält auch weiterhin an. In einzelnen Bezirken tritt sie allerdings nicht mehr so umfangreich in Erscheinung wie zu Schluss des Jahres 1933. Im Dezember wurde die Rekordmenge von 400 000 Festmeter abgesetzt, von der auf Bayern 250 000, auf Württemberg 125 000 (einschließlich der Sortverläufe) und auf Baden 25 000 Festmeter entfielen. Insgesamt wurden 1933 an Kadelstammholz in den süddeutschen Bezirken rund 2,7 Millionen Festmeter gegen nur 1,79 Millionen Festmeter 1932 umgesetzt. Auch die Preise haben sich bei dieser guten Absatzkonjunktur wie seit Jahren nicht mehr gebessert. Am höchsten war die Steigerung in Württemberg, wo besonders die Kadelstammholzpreise sehr anwogen. Es ergab sich hier eine Gesamtsteigerung um rund 13 Prozent für Nichten- und Tannenpreise. Im Dezember wurden durchschnittlich 17 RM (16 im Nov.) und in Baden 15,40 (14,60) RM. Erlös für einen Festmeter. Die Spitzenpreise bei größeren Käufen in den letzten Wochen gingen im Staatsforst u. a. in sämtlichen Lagen von Württemberg bis 70-75 Prozent der Landesgrundpreise gleich 21-22,50 RM. der Festmeter 3. Klasse ab Wald. In Baden wurden bis um 65 Prozent der Landesgrundpreise und noch etwas darüber erreicht, alles in Nichten und Tannen. Noch höhere Steigerungen weichen die Preise für Föhren (Kiefern) Stammholz auf, für die in der Wäls 70-80 Prozent angesetzt wurden. Für Lärchen gingen die Bewertungen vereinzelt sogar bis 100 Prozent der Grundtoren. Neben Kiefer ist besonders auch Lärche sehr gut gefragt, auch für Strohe zeigt sich stetiges Interesse. Ob

die Preissteigerung in Kadelstammholz hat noch weiter fortgeleitet wird oder zu einem vorläufigen Abbruch kommt ist noch nicht vorauszuweisen. Für alle Fälle bleibt die diesjährige Entwidlung für den Käufer bedenklich, jedoch sich zahlreich Firmen im Einkauf stark zurückziehen. In den Staatsforsten wurden in den letzten Wochen bei größeren Verkäufen für Föhren und Tannen erreicht: In Württemberg: Schwarzwald 54-67, Unterland 61-70, Nordostland 55-65, Schwäbische Alb 55-60, Oberschwaben 50-54, in Baden: 48-57, für Föhren und Lärchen: in Württemberg: Schwarzwald 57-73, Unterland 65-73, Nordostland 55-73, Schwäbische Alb 49-67, Oberschwaben 50-52, in Baden 59-64 Kronent.

Börse

Berliner Börsenbericht vom 17. Jan. Nach nicht unfreundlicher Vorbürje überwogen bei Beginn die Abwägungen, da anscheinend auch das Vakuum nach der Geschäftsstille der letzten Tage vereinzelt Reaktionen vornimmt. Die Abwägungen gingen aber kaum wieder über 1 Prozent hinaus. Kennzeichnend für die Widerstandsfähigkeit des Marktes war weiteres Anlagensinteresse in Renten und auch Teilbereitschaften am Aktienmarkt. Das Hauptgesprächsthema bildete heute die neue Arbeitslosenversicherung, die von der Börse günstig kommentiert wurde. Am Rentenmarkt waren Reichsmarktsobligationen im Zusammenhang mit der Dollarkonvertierung 1 Prozent höher. Am Kontantkreditmarkt gingen die Abwägungen bis zu 1 Prozent. Tagesgeld erforderte unverändert 4 bzw. 4,12 Prozent. Der Dollar stieg in Berlin auf 2,85 1/2, London-Kabel stellte sich auf 5,55.

Wärter

Altensteig, 18. Januar. Dem gestrigen Viehmarkt waren zugeführt: 13 Paar Ochsen und Stiere, Preis pro Paar 520 bis 717 M.; 14 Stück Kühe, Preis pro Stück 175-300 M.; 6 Stück Kalbinnen, Preis pro Stück 280-340 M.; 15 Stück Zwergschweine, Preis pro Stück 50-120 M. — Dem Schweinemarkt waren zugeführt: 100 Paar Milchschweine, Preis pro Paar 3-42 M.; 16 Stück Läuferchweine, Preis pro Stück 25-38 M. Der Viehmarkt war etwas schwach besahren, da die Zufahrtstrecken noch meist hart vereist waren. Die Preise haben etwas angezogen, insbesondere beim Grochwied, da ein auswärtiger Händler angewand war. Der Handel auf dem Schweinemarkt war mittelmäßig, auch hier haben die Preise angezogen.

Weilertshausen, 17. Januar. (Raritätsbericht.) Schweinemarkt: Zufuhr 112 Stück P. Läuferchweine, 500 Milchschweine; Preis Läuferchweine 45-55 M., Milchschweine 20-30 M. pro Paar. Sowohl mäßig belebt; Preise fest. — Viehmarkt: Ochsen 280-350 M., Stiere 200-250 M., Kühe 150-280 M., Kalbweiln 280-360 M., Einsteilvieh 60-180 M. Handel gedrückt.

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 16. Jan. Zufuhr: 24 Ochsen, 28 Bullen, 43 Kühe, 106 Föhren, 271 Kälber, 713 Schweine, Preise: Ochsen 19-31, Bullen 19-29, Kühe 11-23, Föhren 19 bis 33, Kälber 29-38, Schweine 45-63, Sauen 37-42 Pfa. Tendenz: Grochwied langsam, geringerer Ueberhand; Schweine und Kälber langsam, geräumt.

Jeribanner Schlachtviehmarkt vom 16. Jan. Zufuhr: 28 Ochsen, 20 Rinder, 6 Föhren, 31 Kühe, 166 Kälber, 328 Schweine, 29 Schafe, Preise: Ochsen 20-28, Rinder 22-32, Föhren 25 bis 27, Kühe 12-20, Kälber 30-38, Schweine 49-54, Schafe 28-32 Pfa. Marktverlauf: Schlesensches Geschäft, Ueberhande bei fast allen Gattungen.

Mindestpreise am württembergischen Schnittholzmarkt. Der Verein Württ. Holzinteressenten hat nunmehr für acht württembergische Verkaufsgebiete Mindestpreise beschlossen und ab 1. Januar 1934 in Kraft gesetzt. Die Preise sind für alle Firmen, auch für solche, die dem Verein nicht angehören, verbindlich. Die Kontrolle erstreckt sich gleichermäßen auf alle Firmen. Bei den Schnittwaren dürfen folgende Mengenrabatte gewährt werden: wenn die Lieferung an ein und dieselbe Firma erfolgt, bei einem Waggon mit mindestens 15 Tonnen 3 Prozent Rabatt, bei zwei Waggonen 4 Prozent, bei drei und mehr Waggonen 5 Prozent. Bei Verkäufen direkt an Private erhöhen sich die Preise um 10 Prozent. Zu den acht Verkaufsgebieten gehört als zweites Oberamt Nagold, Calw, Neuenbürg, Freudenstadt, Horb, Sulz und Teile von Hohenzollern (Schwarzwald).

Rundfunk

Freitag, 19. Jan. 10.10 Uhr aus Stuttgart: „Sehr bunt und lustig“. 12 Uhr aus Köln: Unterhaltungskonzert, 13.35 Uhr aus Frankfurt: Mittagskonzert, 16 Uhr aus Köln: Nachmittagskonzert, 17 Uhr: Luischen tut not, 17.15 Uhr aus Köln: Fortsetzung des Nachmittagskonzerts, 17.45 Uhr aus Stuttgart: Haben wir ein deutsches Recht? v. Landesgerichtsdirektor Leibfried, 18 Uhr nach Frankfurt: Jugendlände, 18.25 Uhr aus Köln: Englischer Sprachunterricht, 19 Uhr nach Frankfurt: Umlaufgeschaltet! 21 Uhr aus Leipzig: Ludwig van Beethoven, 21.30 Uhr aus Stuttgart: Unbekanntes Europa, 22.20 Uhr aus Stuttgart: Du mußt wissen... 22.45 Uhr aus Frankfurt: Schalkspästen, 23 Uhr aus Frankfurt: Ludwig van Beethoven, 24 Uhr aus Frankfurt: Vom Schicksal des deutschen Geistes.

Buntes Allerlei

Große Politik um eine Kuh

§ An der bayerisch-österreichischen Grenze ereignete sich kürzlich ein lustiges Intermezzo dadurch, daß ein einfacher Bauer der hohen Politik nach allen Regeln der Kunst ein Schnippchen schlug. Seine Kuh war ihm extrakt und hätte beinahe daran glauben müssen, als ein Opfer der Grenzlinie, weil der Tierarzt jenseits der Grenze im Tirolischen wohnte. Die Grenze ist bekanntlich gesperrt, und so konnte die Kuh, die einem Bauern im Dorf Sachrang, dicht an der Grenze gehörte, nicht zum Tierarzt und der Tierarzt nicht zur Kuh. Dazwischen lag immer als unüberwindliches Hindernis die für jeden Verkehr unpassierbare Grenzlinie. Aber unser Bauer wußte sich zu helfen. Ein pfiffiges Bauernhirn kommt nie in Verlegenheit! Er bestellte einfach den Tierarzt telephonisch an die Grenze und führte seine Milchkuh ebenfalls dorthin. Und während sich alle Beteiligten die Köpfe zerbrachen, wie es der Bauer nur anstellen wollte, um zum Ziel zu kommen, lächelte er nur verschmüht. Er packte kurzerhand die Kuh an den Hörnern und stellte sich genau zwischen die beiden Länder mitten auf die Grenzlinie. So konnte der Tierarzt sein Werk beginnen. Die Kuh streckte ihre Zunge heraus, ohne sich um die politischen Debatten zu kümmern, und erzielte ihre Medizin. Solches geschah im Jahre 1933 an der deutsch-österreichischen Grenze...

Letzte Nachrichten

Kündigung des deutsch-französischen Handelsvertrages. Berlin, 17. Januar. Die französische Regierung hat heute durch die französische Botschaft dem Auswärtigen Amt eine Note überreichen lassen, in der mitgeteilt wird, daß sie den deutsch-französischen Handelsvertrag von 1927 kündigt und zwar mit dem Tage des Inkrafttretens der deutschen Verordnung über die Kontingentierung französischer Waren, d. h. mit dem 19. Januar.

Zwei Lawineneingänge im Allgäu — Vier Stihäuser verschüttet. München, 17. Januar. Wie die „Deutsche Bergwacht“ mitteilt, sind im Allgäu am Mittwochvormittag am Daumen zwei Lawinen niedergegangen. Die beiden Lawinen überraschten zwei Stipartien. Insgesamt vier Personen, deren Namen noch nicht festgestellt werden konnte, wurden verschüttet. Die im vollen Gange befindlichen Rettungsarbeiten sind bis Mittwochabend 18 Uhr ohne Erfolg geblieben.

Wegen Angriffs auf einen Ausländer zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Berlin, 17. Januar. Der SA-Mann Friedel, der am Montag im Verlaufe persönlicher Streitigkeiten mit einem amerikanischen Staatsangehörigen verhaftet worden war, ist am Mittwoch von dem Schnellrichter wegen Körperverletzung zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Dreu unsrem Volke

Der Turnfestgroßfilm vom 15. Deutschen Turnfest, ein Film von unerbittlicher Echtheit und Kraft, als staatspolitisch wertvoll anerkannt, läuft in den Grünen Baumlichspielen am Sonntag, 21. 1., nachm. 2.30 für Schüler, 4.30 und 8.30 abends. Jedermann von hier und Umgebung ist febl. eingeladen. Turnverein Altensteig.

Für das Mahn- und Klageverfahren

Klageschriften

an das Amtsgericht

- Gesuche um Zahlungsbefehl
- Zahlungsbefehle (Ausfertigung)
- Gesuche um Vollstreckungsbefehl
- Anträge auf Forderungspfändung
- Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides
- Formulare für Wechselprozeß
- Forderungsanmeldung in Konkursfachen

sind zu haben in der

Buchhandlung Lauk

in Altensteig und Nagold.

Anzug- mantel- kostüm- Stoffe

blau, grau, schwarz und farbig Kammgarn à mtr. RM. 6.80, 8.80 und 10.80

Wir liefern porto- und verpackungsfrei!

Unverbindliche Musterendung wird gern zugesandt!

Goraer Textilfabrikation G.m.b.H., Gera

A 27

Frisch eingetroffen:



- Cablau o. Kopf
- Schellfisch o. Kopf
- Cablaukilet
- Goldbarschflet
- Stedfische
- Bücklinge geräuchert

bei Chr. Burghard jr. 1/2 jähriges



verkauft Friedrich Greule jr. Brettenberg.

Täglich

ist Ihnen im Inseratenteil unserer „Schwarzwälder Tageszeitung“ Gelegenheit geboten, unseren Lesern

Angebote

oder

Gesuche

zu unterbreiten. — Kleinanzeigen bis zur Höhe von 50 mm genießen den ermäßigten Zeilenpreis.

Oberweller.

Einen neuen Leiterwagen

mit 30 Zentner Tragkraft, verkauft

Frig Gauß.

Oberjettingen.

Ca. 100 Zentner

Roh- und Weizen- Stroh

mit Dreidrehmaschinen gebroschn, hat zu verkaufen

Karl Stodinger, Händler.

Lieferbar nach Altensteig oder kann bei mir direkt abgeholt werden. D. O.

Lösungs- büchlein 1934

empfiehlt

Buchhandlung Lauk Altensteig und Nagold.

LUGER Nachf.

- Frische Meerfische
- Bücklinge
- Kleier Sprossen
- Rotkraut, Wirsing
- Spinat

Wir empfehlen:

- Geschäftsbücher
- Briefordner
- Leitzordner, Locher
- Schnellhefter
- Vorordner, Steuerordner
- Postscheckordner
- Leitz-Ablegemappen
- Terminkalender
- Pultkalender
- Taschenkalender
- Tagesabreißkalender
- Wochenabreißkalender

Buchhandlung Lauk, Altensteig u. Nagold

